

Der Prozeß gegen das Reich

Leipzig, 10. Okt. Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke begann heute vormittag die Verhandlung der Klage, die die Länder Preußen, Bayern und Baden gegen das Reich angestrengt haben. Es handelt sich bekanntlich um die Absetzung der früheren preussischen Regierung durch das Reich und die Einsetzung einer kommissarischen Regierung auf Grund einer Notverordnung.

Schon längere Zeit vor dem auf 10.30 Uhr angesetzten Verhandlungstermin waren die Zuhörerplätze des Hauptsaals besetzt. Man bemerkte führende Juristen und Staatsrechtler aus allen Teilen des Reichs. Die Prozeßparteien selbst sind durch Bevollmächtigte vertreten. Dabei hat es der Zufall gefügt, daß die Vertretung der preussischen Staatsregierung in der umfriedeten Anlage auf Platz gefunden hat, während die Vertretung des Reichs auf der gegenüberliegenden Seite ihre Plätze einnimmt.

Dem Richterkollegium gehören außer dem Vorsitzenden noch an als Beisitzer die Reichsgerichtsräte Schmitz (Berichtersteller), Triebel, Dr. Schwalb, sowie die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. von Müller-Berlin, Dr. Gumbel, München und Dr. Striegler-Dresden. Die Vertretung der preussischen Staatsregierung führt Ministerialdirektor Dr. Brecht.

Ehe die eigentliche Verhandlung beginnt, stellt Präsident Dr. Bumke fest, daß der Reichskanzler als preussischer Reichskommissar nicht besonders vertreten ist. Der Vertreter des Reichs, Ministerialdirektor Dr. Gottscheiner, verweist darauf, daß diese besondere Vertretung sich erübrigt, wie das Reich bei seinen Schriftsätzen ausgeführt habe. Auch der preussische Vertreter Dr. Brecht beantragt, weiter zu verhandeln. Darauf erstattete der Berichterstatter einen längeren Bericht aus den verschiedenen Schriftsätzen der Prozeßparteien, der die Ursachen des Rechtsstreits darlegt und die Auffassungen der Prozeßbeteiligten wiedergibt.

Der Vorsitzende Dr. Bumke gab eine Erklärung ab, in der er sich in aller Schärfe gegen die in der Öffentlichkeit zutage getretenen Vorwürfe, der Staatsgerichtshof habe die Verhandlung verschleppt, vermahnt. Nach seiner Auffassung sei von allen Seiten mit äußerster Kraft gearbeitet worden; was die Sache so lange aufgehalten habe, sei die Schwierigkeit des Gegenstands. Es sei nicht die Aufgabe des Staatsgerichtshofs, darüber zu entscheiden, ob die Geschehnisse, die hier angefochten werden, politisch rechtmäßig oder politisch heilsam gewesen seien; der Staatsgerichtshof habe lediglich darüber zu entscheiden, ob sich die Ereignisse im Rahmen der Verfassung gehalten haben.

Der Vorsitzende entwickelte dann das Verhandlungsprogramm. Zunächst soll die Hauptfrage geprüft werden: Welches war die tatsächliche Lage am 20. Juli, und worauf konnte sich die Annahme stützen, daß gegen Preußen vorgegangen werden mußte, wie vorgegangen worden ist.

Dr. Bracht erklärte, die Kläger bestreiten die Richtigkeit der Informationen, die dem Reichspräsidenten gegeben worden seien, die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgetragen habe.

Im Namen der bayerischen Regierung gab Staatsrat Van die Erklärung ab, die bayerische Klage richte sich nicht unmittelbar auf die Verordnung vom 20. Juli; sie richte sich nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft. Es komme darauf an, im bundesfreundlichen Sinn die Grundlage für die zukünftige Anwendung des Artikels 48 zu finden.

Für die badische Regierung erklärte Ministerialdirektor Dr. Fehrl, auch der badische Regierung komme es darauf an, die absoluten und relativen Grenzen festzustellen, welche der Reichsregierung hinsichtlich der Anwendung des Artikels 48 gezogen sind. Die badische Regierung halte diese Feststellung für nötig, da nach ihrer Meinung beim Vorgehen des Reichs gegen Preußen eine Auffassung der Reichsregierung zutage getreten sei, die die badische Regierung als mit der Verfassung nicht mehr für vereinbar anzusehen vermöge.

Ministerialdirektor Dr. Brecht: Seit den Septemberwahlen 1930 besteht eine eigenartige Krise im deutschen Parlamentsleben, die auf die großen, steigenden Wahlerfolge der NSDAP zurückzuführen sei. Aber es bestand ernster Zweifel an der legalen Ausübung der Macht durch die NSDAP, die selbst verlangte: alles oder nichts. Bisher haben alle verantwortlichen Stellen es abgelehnt, der NSDAP als Minderheit die entscheidende staatliche Macht in die Hand zu geben. Die Ablehnung v. Papens ging so weit, daß er ernste Versuche von Zentrum und NSDAP, zu einer parlamentarischen Grundlage zu gelangen, politisch durchkreuzte. In diesem Ablauf habe es eine Episode gegeben: Die Einigung von Papen-Hitler. Diese dauerte vom 1. Juni bis 13. August. Sie begann mit einem Vertrag: Die NSDAP versprach der Regierung Papen als Präsidialkabinett die Unterstützung, und zwar ohne nationalsozialistische Beteiligung und für die ganze Dauer des Kabinetts. Dieses Versprechen gaben die Nationalsozialisten

Tagespiegel

Die Landvolkpartei wird im Reichstagswahlkampf eigene Listen aufstellen.

Der nationalsozialistische Führer Dr. Goebbels hat sich erboten, in einer deutschnationalen Versammlung in Berlin zu sprechen; das Angebot wird von den Deutschnationalen angenommen.

Die Zahl der Teilnehmer am freiwilligen Arbeitsdienst ist bereits auf über 200 000 gestiegen.

Papst Pius XI. empfing eine Schar deutscher Pilger aus Berlin, München und Köln. Nach einer Rede in deutscher Sprache erteilte der Papst den Pilgern seinen Segen.

Mac Donald ist am Samstag aus seinem kurzen Urlaub nach London zurückgekehrt und hatte sofort eine längere Unterredung mit dem Außenminister Simon. Er fandte darauf eine Einladung an Herriot, um in dieser Woche in London die mit der Abrüstung zusammenhängenden Fragen persönlich zu besprechen. Herriot hat, wie der „Daily Telegraph“ meldet, die Einladung nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen, er wird sich ihr aber kaum entziehen können.

gegen bestimmte Zusicherungen: Aufhebung des Uniformverbots, Wiedererlaubnis der verbotenen Sturmabteilungen, Beseitigung der jetzigen preussischen Regierung, insbesondere der Leitung der Polizei. Am 14. Juni erfolgte darauf die versprochene Aufhebung des Uniformverbots und des Verbots der Sturmabteilungen. Am 28. Juni wurde den Ländern verboten, etwas Ähnliches für sich allein zu machen. Sodann kam die Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerkel, um eine Rechtsregierung in Preußen zustande zu bringen, und schließlich am 20. Juli die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen. Am 13. August folgte dann die Entzweiung mit der NSDAP. In dem Kampf gegen verbrecherische Vorkommnisse, die aus dem Lager der äußersten Rechten kamen, habe es zwei Möglichkeiten gegeben: die kriminalistische Bekämpfung und den politischen Versuch, die psychologischen Grundlagen zu ändern, aus denen heraus die Verfalls begangen wurden. In den Kreisen des Reichskanzlers von Papen habe man offenbar den zweiten Weg gehen wollen, um so den Aufschwung der nationalsozialistischen Bewegung zu betonen und zu bestärken.

Der Standpunkt der Reichsregierung

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Gottscheiner vom Reichsinnenministerium, führt u. a. aus: Der Vorsitzende hat heute morgen betont, daß in der Verhandlung hier nur erörtert werden soll, was für die Entscheidung des Verfassungsstreites, also für die Entscheidung der Rechtsfrage aus Artikel 48 usw. von Bedeutung sei. Er müsse betonen, daß die blutigen Vorgänge, die sich seit geraumer Zeit insbesondere im Osten abgepielt haben, bereits zu einer Zeit, die der Verordnung vom 20. Juli lange vorangeht, zu einem wesentlichen Teil auf die völlig einseitige Behandlung zurückzuführen sind, die die preussische Regierung der ständig wachsenden nationalsozialistischen Bewegung hat angedeihen lassen. Die Maßnahmen der Reichsregierung sollten dem Zweck dienen und haben auch dem Zweck gedient, für den Erregungsstoff, der sich durch die einseitige Behandlung der Nationalsozialisten angestaut hatte, ein Ventil zu schaffen und damit einem politischen Ausbruch, einem Bürgerkrieg vorzubeugen.

Es ist nicht wahr, daß zwischen der gegenwärtigen Reichsregierung und der nationalsozialistischen Bewegung irgend eine Vereinbarung getroffen sei, welche das Vorgehen gegen die preussische Staatsregierung zum Gegenstand gehabt habe. Die Gefahrenlage, die am stärksten in Preußen hervortrat, wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden preussischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindschaft der kommunistischen Partei ist nicht zu zweifeln. Gerade aber diese Partei konnte vermuten, daß die damalige preussische Regierung aus parlamentarisch-juristischen, wie aus anderen Gründen gegen die Kommunisten nicht mit Entschiedenheit vorgehe, sondern sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus offen halte und daß sie sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegensatz zu den Nationalsozialisten verbunden fühle.

Das Werkjahr

Unter den vielen Scheidewänden, die unser deutsches Volk in waagerechter und senkrechter Richtung durchziehen, ist die merkwürdigste vielleicht die Scheidung in Gebildete und Ungebildete. Der große Gleichmacher Krieg hatte sie zeitweise stark verwischt — seitdem ist sie wieder im Wachstum, und sie würde zweifellos unser ganzes Leben noch

stärker beherrschen, wenn nicht auch die wirtschaftliche Krise ausgleichend wirkte, indem sie die Menschen gleichmäßig verelendete. Gesund aber ist der Ausgleich durch Druck von außen nicht, gesund ist nur ein Ausgleich, wobei ein hemmender Gegensatz von innen her überwunden wird.

Befolgt man den Gegensatz in unserer Geschichte rückwärts, so will es so scheinen, als habe die erste Hochblüte des Humanismus ihn in unser Volk getragen. Das war die Zeit, da der Verfall der deutschen Königsmacht einen Tiefpunkt erreicht hatte, da das hochgemute Herrtentum der Salier und der Staufer mit seinem weltweisen Blick umgeprägt wurde in das Gottesgnadentum der viel zu vielen Herren und Herrlein, die die Ruhnießer am Verfall der deutschen Königsmacht werden wollten. Völkerrechtlich besiegelt wurde dieses Schicksal dann ein Jahrhundert später im Westfälischen Frieden.

Diese Auffassung wurde vertieft und durchgebildet in der Zeit der zweiten Hochblüte des Humanismus, die die Aufklärung mit der klassischen Dichtung verbindet, die die Brücke schlägt vom 18. zum 19. Jahrhundert. In der Kultur des Altertums suchten sich damals die führenden Geister der deutschen Kultur zu orientieren und aufzurichten. Die vorherrschende Meinung in den Kreisen derer, die sich damals die Gebildeten nennen durften, war doch die, daß die Kultur des klassischen Altertums der germanischen, deutschen Kultur in jeder Beziehung überlegen sei und daß sie für eine werdende deutsche Eigenkultur Muster sein müsse. Daß von den beiden Brüdern Humboldt der eine, Alexander, sich mehr für die uns umgebende Sinnenwelt interessierte, als für Cicero und Homer, daß eine Reise ins tropische Amerika ihn wichtiger deuchte als die übliche „italienische Reise“, das haben die Gebildeten unter seinen Zeitgenossen wohl niemals so recht begriffen.

Man muß die Sachlage einmal in scharf einseitiger Beleuchtung zeigen, man muß die Gegensätze einmal unvermittelt kraß einander gegenüberstellen, um klarzumachen, was der Gegensatz von Kopfarbeiter und Handarbeiter für unser ohnedies so zerriffenes Volk bedeutet. Er bedeutet das Bestehen von zwei Welten in einem Volk, zwischen denen es keine Verbindung gibt.

Wenn die Männer, die heute führen, die Notwendigkeit erkannt haben, den Nachwuchs der gebildeten Schichten wieder in ein Verhältnis zur Handarbeit zu bringen — so zeugt das von einer tiefen Einsicht in die Zusammenhänge unseres Schicksals und kann bei zweckdienlicher Durchführung eine Tat werden, deren legendarische Folgerungen von uns Lebenden gar nicht abzuschätzen sind. Soviel man weiß, ist es darauf abgesehen, zwischen höherer Schule und Hochschule ein We r l a h r einzuschleiben, die also, die von einer Schulbank unmittelbar in die Wissenschaft hineindrängen, zu einer Pause der Befinnung zu nötigen und sie während dieser Pause mit praktischer Handarbeit vertraut zu machen. Es ist zu hoffen, daß dabei mancher noch rechtzeitig entdeckt, wie sehr er die wissenschaftliche Bildung überschätzt hat, und wohin Anlage und Neigung ihn weisen. Und vor allen Dingen ist zu hoffen, daß auf diesem Weg — vermutlich in Anlehnung an den freiwilligen Arbeitsdienst — das alte Vorurteil gegen die Handarbeit auch in denen ausserottet wird, die an der Wissenschaft als an ihrem Lebensberuf festhalten. Es gilt, der Jugend unserer höheren Schulen beareiflich zu machen, daß jede Hand nur ausführt, wozu der Kopf ihr die Anweisung gibt, einerlei, ob sie die Feder oder irgendein anderes Werkzeug hält. Der Lokomotivführer, von dessen klarem Blick und dessen steter Geistesgegenwart in jeder Sekunde das Leben von Tausenden abhängt, braucht seinen Kopf mindestens so sehr, wie der Herr Wirkliche Geheimne Oberministerial- usw. Rat, der sich einbildet, an dem Altentum, das er gerade bearbeitet, hänge das Schicksal der Welt.

Die Scheidewände niederzulegen, die das hindern, wozu Hindenburg immer wieder aufruft, den Zusammenschluß zur wahren Volksgemeinschaft, das ist die Aufgabe, die den Nachgeborenen des großen Kriegs gesetzt ist. Was die Regierung mit dem Werkjahr vorhat, das kann dazu dienen, diese Aufgabe in einem entscheidenden Punkt wirksam in Angriff zu nehmen. Wenn das Schicksal unseres Volkes am Herzen liegt, der kann nur wünschen: die zur Ausführung des weltanschaulichen Plans berufen sind, möchten dabei eine glückliche Hand haben.

Umschwung in Bayern

München, 10. Okt. Die bisher der Regierung Papen gegenüber sehr unfreundlich eingestellte „Münchner Zeitung“ schreibt zu dem bevorstehenden Besuch des Reichskanzlers: Herr v. Papen darf der Überzeugung sein, daß ihn das ganze parteipolitisch unbefangene Bayern nicht nur mit der gebührenden Achtung vor dem deutschen Kanzler, sondern auch mit der starken Sympathie begrüßen wird, die der vaterländischen Gesinnung und dem nationalen Tatendrang immer gebührt. Es braucht nicht bei einem Akt der Höflichkeit zu bleiben. Dieser Besuch kann viel mehr werden als eine Verbeugung, wenn Gastgeber und Gast auf Grund ihres gemeinsamen deutschen Willens die Voraussetzungen für eine neue Epoche vertrauensvoller bayrischer

Mitarbeiter im Reich schaffen. Die bayerische Regierung wird Herr v. Papen vor allem herzlich und wärmer empfangen, als sich dies in der ersten Zeit nach der Bildung des Kabinetts annehmen ließ. Die Zeiten und die Auffassungen haben sich inzwischen gründlich geändert.

Das Blatt würdigt dann eingehend mit anerkenntlichen Worten die Arbeit des Kabinetts v. Papen und begrüßt sogar das Vorgehen in Preußen. Der Besuch drückt unzweifelhaft die Tatsache aus, daß manche schwere Mißverständnisse ausgeräumt seien und daß bei der Reichsregierung der Wille bestehe, mit Bayern zu einem Einverständnis vor allem in den großen, grundlegenden Fragen der Reichsreform zu kommen. Das Blatt spricht den Wunsch aus, man möge anlässlich des Königsbesuchs in München den neu ernannten Vertrauensmann der Reichsregierung für die süddeutschen Länder, v. Gersner, Titel und Rang eines Reichsgesandten verleihen, wie dies dem Wunsch der bayerischen Regierung entspreche.

Die Lehrgänge für Jugendberichterstattung

Berlin, 10. Okt. Die ersten regelmäßigen Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendberichterstattung werden demnächst beginnen. In dreiwöchigen Kursen sollen zunächst Hilfslehrer für den Geländesport herangebildet werden. Hierzu können von allen Verbänden, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, Teilnehmer vorgeschlagen werden. Die Kosten der Lehrgänge auf den Geländesportschulen trägt das Reichskuratorium. Unterkunft und Verpflegung sind für die Teilnehmer frei, ebenso wird Bekleidung und Ausrüstung gestellt. Jede parteipolitische Betätigung in den Lehrgängen ist verboten.

Mit den Landesregierungen hat eine Besprechung über die Aufgaben des Reichskuratoriums stattgefunden und die Zustimmung sämtlicher Landesregierungen ergeben. Das Reichskuratorium wird zwölf Zweigstellen im Reichsgebiet einrichten, welche die Aufgaben haben, sowohl mit den Landesregierungen und den Landesbehörden wie mit den Untergliederungen der Verbände enge Fühlung zu halten. Sie sollen ferner den Unterricht an den Geländesportschulen ihres Gebiets überwachen.

Neue Nachrichten

Die Ausschussfrage in Frage gestellt

Berlin, 10. Okt. Nachdem der Reichsaußenminister es abgelehnt hatte, in der Sitzung des Reichstagsausschusses für Auswärtiges am Dienstag zu erscheinen, hatten die Deutschnationalen sofort erklärt, daß sie an der Sitzung nicht teilnehmen werden. Nunmehr hat auch das Zentrum beschlossen, der Sitzung fernzubleiben und nur einen Beobachter zu entsenden. Die Sozialdemokraten werden sich am Dienstag vormittag schlüssig machen, ob eine Beteiligung ihrerseits unter diesen Umständen einen Zweck habe. Falls auch sie ablehnen, würden die Nationalsozialisten und die Kommunisten allein bleiben.

Die für den 14. Oktober in Münster i. W. geplante Kundgebung des Zentrums ist aus besonderen Gründen auf Montag den 17. Oktober verlegt worden. Der Vorsitzende der Partei, Dr. Kaas, wird am Nachmittag in der Stadthalle sprechen.

Göring gegen die Deutschnationalen

Braunschweig, 10. Okt. In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung erklärte Reichstagspräsident Göring, die Deutschnationalen seien jetzt die erbittertesten Feinde der Nationalsozialisten. Der nationalsozialistische Adler sei höher und höher geflogen, und als er den Gipfel erreicht habe, da sei unter seinem Flügel ein kleiner Zaunkönig hervorgeflogen, Hugenberg, und habe sich noch einen Meter höher erhoben. Die „Reaktion“ sei noch höherflatter als der Margismus, aber werde vom Nationalsozialismus ebenso niedergeworfen wie der Margismus. In den Reihen der Nationalsozialisten zeige sich leider eine Wahlmüdigkeit, die bekämpft werden müsse. Die Front der Nationalsozialisten werde sich nach links verschieben. Zu bedauern seien die Mitglieder des Stahlhelms, der von den Nationalsozialisten niemals bekämpft worden sei. Es sei möglich, daß es nun noch länger dauere, bis die NSDAP. siegen werde.

Licht der Ewigkeit

Roman von Erich Kunter.

31. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Aber eine bittere Enttäuschung sollte seiner warten!

Er war eine Stunde vor der verabredeten Zeit zur Stelle und überschritt soeben die breite Fahrbahn unter den Bäumen; da sah er Anne Crusius aus dem Café Bauer, dem Ort ihrer Zusammenkunft, hervortreten. An ihrer Seite ging — der albern gekleidete Spion mit dem grauen Anzug und der Melone auf dem Kopf.

Im selben Augenblick kam dem Deutschamerikaner blickartig die Erkenntnis, daß auch seine Freundin mit der Kriminal in Verbindung stehe, ein bezahlter Spion im Dienst der Polizei war.

Natürlich, nun war auf einmal alles klar: das „zufällige“ Sichkennenlernen im D-Zug, das freundliche, liebevolle Wesen der hübschen Frau dem alten Junggesellen gegenüber! Alles Lug und Trug, ein Manöver, um sein Vertrauen zu erschleichen und ihn zu belastenden Aussagen zu veranlassen, die sie dann der Kriminalpolizei verraten würde — gegen Geld! Man hielt ihn also immer noch entweder für den Mörder oder aber für den intellektuellen Urheber der Tat! Nun, er wollte beiden eine Freude machen, der Spionin sowohl als ihrem Auftraggeber.

Als sie nach einer Stunde kam, ließ er sich nicht das Geringste von seinem neuen Wissen anmerken. Er unterhielt sich mit ihr freundlich und heiter wie immer. Schließlich forderte er sie auf, noch einen kleinen Spaziergang mit ihm zu machen, das Wetter sei dazu sehr günstig.

Am 3. Oktober war in Braunschweig ein Fackelzug des Stahlhelms zu Ehren Hindenburgs von Nationalsozialisten angegriffen worden, wobei es mehrere Schwerverletzte gab. Der Stahlhelmsführer Kreppe hat behauptet, der Überfall sei von dem nat.-soz. Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Uppers organisiert worden. Uppers hat nun eine Beleidigungsklage gegen Kreppe angestrengt.

Die Gerdauer Gemeindevahlen

Gerdauen (Regierungsbezirk Königsberg), 10. Okt. Bei den gestern hier abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen blieb die Wahlbeteiligung mit 64 v. H. weit hinter der bei der letzten Reichstagswahl (94 v. H.) zurück. Bei der letzten Landtagswahl waren es 88 v. H. und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahr 1929 78 v. H. Bei der neuen Wahl entfielen auf NSDAP. 483 Stimmen (letzte Reichstagswahl 1074, Landtagswahl 990 und Stadtverordnetenwahl im Jahr 1929 126), SPD. 593 (898 bzw. 1041 bzw. 1011), Bäuerliche Einheitspartei (Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei, wahrscheinlich auch Zentrum) 462 (213 bzw. 260 bzw. 944), KPD. 170 (217 bzw. 107 bzw. 0), Christlich-soziale 151 (101 bzw. 116 bzw. 0). — An Mandaten entfielen NSDAP. 4 (bisher auf Grund der Wahl von 1929 1) SPD. 6 (8), Bäuerliche Einheitsliste 4 (7), KPD. 1 (0), Christlich-soziale 1 (0).

Der neue „Abrüstungsplan“

Die Angestrengtheit Frankreichs

Paris, 10. Okt. Laut „Volonté“ geht der neue französische Sicherheits- und Abrüstungsplan dahin, Hoovers Memorandum als Grundlage zu nehmen, aber unter der Bedingung, daß dieser Plan durch Bestimmungen über die Organisation der Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung ergänzt werde. Die Vereinigten Staaten würden, wie das Blatt weiter mitteilt, aufgefordert werden, die wirtschaftliche Blockade gegen den Angreifer zugunsten der Angegriffenen zu verhängen. England müßte darüber hinaus an einer kriegerischen Hilfeleistung in Europa teilnehmen. Die von Deutschland geforderte Gleichberechtigung würde dann ohne Ungelegenheiten möglich sein. Das Blatt fordert vor der endgültigen Annahme dieses Plans eine Regelung der französisch-deutsch-polnischen Fragen namentlich betreffend die deutsche Ostgrenze, die in alle Zukunft so bleiben müsse, wie sie jetzt ist.

Zahlungsaufschub in Rumänien?

Bukarest, 10. Okt. Der Finanzausschuss des Völkerbunds hat für eine Stundung der Tilgungszahlungen für die durch Vermittlung des Völkerbunds Rumänien gelehrt Auslandsanleihen eine weitgehende Ueberwachung der rumänischen Finanzen zur Bedingung gemacht. Die Gläubiger, die nur die Tilgung, nicht aber die Zinszahlungen funden wollen, verlangen, daß sie nicht nur ins rumänische Finanzministerium Vertrauensleute entsenden, sondern auch die Nationalbank überwachen dürfen. Die Regierung lehnt diese Demütigung ab und der Ministerpräsident ist zum König ins Wanderverlager gereist, um ihm das Rücktrittsangebot anzubieten, das der König jedoch nicht angenommen hat. Rumänien wäre sonach genötigt, einen Zahlungsaufschub für seine Auslandschulden zu erklären und den Leu abzuwerten, der nach der Ansicht der rumänischen Wirtschaftskreise zu hoch (100 Leu gleich 250 Mark) festgesetzt worden ist.

Dem rumänischen Gesandten in London, Titulescu, ist das Ministerium des Auswärtigen wieder übertragen worden. Ministerpräsident Bujda erklärte, dies bedeute keine Richtungsänderung in der auswärtigen Politik Rumäniens.

Bündnisangebot Japans an Frankreich?

London, 10. Okt. „Sunday Times“ meldet, die japanische Regierung habe Frankreich ein Bündnis angeboten. Das Angebot sei in Paris geprüft worden, aber schließlich nicht auf Entgegenkommen gestoßen.

In Paris soll man von dem Angebot keine Kenntnis haben.

Das Reich kürzt die Gehälter nicht

Berlin, 10. Okt. Auf die Einladung des mecklenburgischen Ministerpräsidenten Granzow an die Finanzminister der Länder zu einer Zusammenkunft zwecks Herabsetzung der öffentlichen Gehälter wird von Seiten der Reichsregierung erklärt, daß das Reich eine solche Kürzung nicht vornehmen

Sie war gern damit einverstanden. Er fuhr mit ihr zum Tierpark; dort schritten sie Seite an Seite die wenig begangenen Wege.

Julius Andermatt war unvermittelt sehr einsilbig geworden und in eine fast düstere Stimmung geraten. Seiner Begleiterin fiel sein verändertes Wesen sofort auf.

Sie blieb stehen und legte ihre Hand auf seinen Arm. „Was ist Ihnen, mein Freund? Bedrückt Sie etwas? Ich ertappe Sie in letzter Zeit manchmal bei schweren Grübeleien. Können Sie sich mir nicht anvertrauen? Was es auch sei, Sie werden in mir eine verständnisvolle Kameradin finden.“

„Du Schlange!“ dachte Andermatt voll Ingrimm und sagte mit einem Seufzer: „Ich nehme Sie beim Wort, teure Freundin. Ja, ich schleppe eine schwere Last mit mir herum, und ich möchte gern einem mißfühlenden Herzen beichten, habe ja aber niemand auf der Welt. Doch Ihnen will ich mich anvertrauen, wenn ich damit auch selber unserm Freundschaftsbund das Todesurteil spreche. Fräulein Anne, ich hatte gehofft, daß Sie mir dereinst mehr werden könnten als eine Freundin. Aber nach langen inneren Kämpfen bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß dies niemals sein kann.“

Er schwieg eine Minute still, als mache es ihm schwer, das entscheidende Wort über seine Lippen zu bringen; dann schloß er: „Sie müssen wissen, Fräulein Crusius, ich habe eine schwere Schuld auf mich geladen, die Sie und die Welt mir niemals verzeihen können.“

Er hörte das Fräulein schwer atmen. „Mein Freund,“ stieß sie hervor, „Sie ängstigen mich. Es kann nichts Schlimmes sein, was Sie begangen haben.“

werde und daß es mehrfache derartige Ersuchen abgelehnt habe. Die Zusammenkunft wird nun wohl nicht zustande kommen, da jedenfalls Preußen und wahrscheinlich auch Bayern und Württemberg sich nicht beteiligen werden.

Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm

Berlin, 10. Okt. Der Reichsverkehrsminister hat erneut darauf hingewiesen, daß es sich bei den Bauausführungen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms um zusätzliche Arbeiten handelt. Durch diese Arbeiten dürfen andere Bauausführungen (s. B. solche der laufenden Unterhaltung) nicht berührt werden. Insbesondere ist es unzulässig, daß die Arbeiten des Beschaffungsprogramms zur Entlassung von Arbeitern auf anderen Baustellen führen.

Parteitag der Wirtschaftspartei

Berlin, 10. Okt. Der gestrige Parteitag der Wirtschaftspartei beschloß, selbständig in den Wahlkampf zu gehen und die Listen mit der Bayerischen Volkspartei zu verbinden. An erster Stelle steht Professor Dr. Vredt, an zweiter Köster, an dritter ein Sachse, an vierter Dremwig. (Ein Württemberger wird nicht genannt, da die Wirtschaftspartei in Württemberg beschlossen hat, gemeinsam mit den Deutschnationalen vorzugehen.) In einer Entschließung wurde ausgesprochen, die Partei werde jede Politik unterstützen, die den Schutz und die Freiheit der Wirtschaft, die Förderung der persönlichen Verantwortung und die völlige Ausschaltung des Sozialismus in jeder Form zum Ziel hat. Darüber hinaus werde die Partei alle Kraft für die Sammlung des bodenständigen christlich-nationalen Bürgertums einsetzen.

Untersuchung gegen Finanzminister a. D. Klepper

Berlin, 10. Oktober. Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags tritt am 14. Oktober in der Untersuchung gegen den vorigen Finanzminister Klepper wegen Unregelmäßigkeiten in der früher von ihm geleiteten Pächterkreditbank und der Domänen-Betriebsgesellschaft zusammen. Klepper wird auch beschuldigt, an der mißbräuchlichen Verwendung von 6½ Millionen Staatsgelder für parteipolitische Zwecke und zum Teil für seine Person beteiligt zu sein.

Oberkirchenrat gegen Röver

Odenburg, 10. Okt. Der Evangelische Oberkirchenrat hat gegen den odenburgischen Ministerpräsidenten Röver einen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Röver hatte es in einer Rede als Kulturschande bezeichnet, daß die odenburgische Geistlichkeit einen Missionsvortrag des Negerpastors Kwami unterstütze. Nach einer mündlichen Aussprache hatte der Ministerpräsident seine Äußerung nicht zurückgenommen.

Sozialdemokratischer Bürgermeister aus der Partei ausgeschlossen

Solingen, 10. Okt. Die SPD. Solingen hat den Ausschluß des Solinger Bürgermeisters Brisch aus der Partei beschlossen. Schon lange bestand eine Spannung zwischen dem Bürgermeister und der SPD., unmittelbaren Anlaß zum Ausschluß dürfte die Uebereignung der modernen August-Diele-Schule an den Staat zur Benützung als Lyzeum gegeben haben. Brisch hat gegen den Ausschluß Einspruch erhoben, so daß sich höhere Parteinstanzen noch damit beschäftigen werden.

Sprengstoffanschlag gegen eine Kirche

Aischaffenburg, 10. Okt. Der bereits im Mauerwerk fertiggestellte 20 Meter hohe Turm der neuen evangelischen Pauluskirche war am 6. d. M. eingestürzt. Wie die „Aischaffener Zeitung“ jetzt meldet, ist heute vormittag bei den Aufräumarbeiten eine Stelle entdeckt worden, an der eine Sprengstoffladung angebracht war. Man fand noch ein Stück unverbrauchte Zündschnur sowie Sprengkapseln.

Württemberg

Landesausschuß der Zentrumsparlei

Stuttgart, 10. Okt. Der Landesausschuß der Zentrumsparlei trat gestern in Stuttgart zusammen, um den Wahlvorschlag zur Reichstagswahl aufzustellen. Der vorige Vorschlag wurde unverändert einstimmig wieder angenommen: E. Holz, Staatspräsident; Oskar Farny, Gutbesitzer; Johann Groß, Verbandsgeschäftsführer; Franz Wiedemeier, Gewerkschaftssekretär; W. Ditt, Malermeister; Franz Xaver Kuhn, Jungbauer.

„Doch“ erwiderte er ernst und hart, und er sah ihr mit einem mitleidslosen Blick in die Augen. „Es ist sogar etwas sehr Schlimmes. Eine Todsünde!“

„Nein! Nein!“ rief sie verzweifelt. „Machen Sie mich nicht zum Mitwisser Ihrer Schuld! Hören Sie: ich will es nicht wissen. Sie dürfen es mir auch nicht sagen. Ich flehe Sie an: Behalten Sie ihr Geheimnis für sich.“

Die junge Dame bebte am ganzen Körper vor Erregung. Ein Ausdruck grausamen Triumphes leuchtete in den hellen, harten Augen des Mannes auf.

„Sie müssen mich anhören, Fräulein Anne!“ bat er mit einer Stimme, die keinen Widerspruch duldete. „Ich muß einen Menschen haben, dem ich das Geständnis ablege. Morgen früh schide ich Ihnen Schriftstücke und einen Bericht, die ein genaues Bild meines Lebens und meiner Schuld ergeben. Und danach entscheiden Sie über mein Glück und meine Zukunft.“

„Bitte, lassen Sie mich!“ rief sie in größter Bedrängnis. „Es ist Ihr Verderben, was Sie vorhaben, Sie — Sie schenken Ihr Vertrauen einer — Unwürdigen.“

Wie gejagt lief sie davon.

Der Deutschamerikaner blickte ihr verständnisvoll nach. Ein Lächeln der Verneinung lag in seinem Gesicht. „Also doch nicht ganz verdorben“, murmelte er. „Du wirst eine schlaflose Nacht haben, mein Täubchen, die entscheiden wird, ob du deinem Judasberuf oder deinem Freund treu bleiben wirst.“

(Fortsetzung folgt).

Staatspräsident Dr. Brüning führte in seinem Bericht aus: Die Stellung Brüning's sei von einer kleinen Clique im Herrenklub von langer Hand her unterminiert worden. Im letzten Wahlkampf habe das Zentrum gegen die Nationalsozialisten gekämpft, damit sie nicht ausschlaggebend werden, aber sie müssen unter allen Umständen in die Verantwortung hinein. Wenn es gezwungen gewesen sei, mit den Sozialdemokraten zu gehen, so müsse man auch Verständnis dafür haben, daß es auf Grund der politischen Lage auch mit den Nationalsozialisten verhandelt. Die Frage der Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Verantwortung werde auch später wieder vorhanden sein. So wie Brüning zwei Jahre lang regierte, müsse auch eine neue Regierung praktizieren. Sie muß die moralische Stütze einer parlamentarischen Mehrheit haben und in der Notzeit darauf verzichten, schöne Reden zu halten. Die Zentrumspartei habe zu dem Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung keinerlei Stellung genommen. In der Finanzfrage der öffentlichen Kassen sei ein Punkt, in dem das Zentrum die Regierung Papen angreifen müsse. Vor drei Wochen wurden Fehlbeträge von 1,2 bis 1,3 Milliarden in den öffentlichen Kassen festgestellt, die inzwischen auf 1,5 bis 2 Milliarden aufgelaufen sein dürften. Die Reichsregierung wage es nicht, an diese Frage heranzugehen. Es sei bequemer, den Leuten zu sagen, ich lasse euch 1 1/2 Milliarden Mark nach in Form von Anrechnungsscheinen, und damit bringt man die Wirtschaft in Gang, als dem Volk zu sagen, es fehlen 1 1/2 Milliarden, und ich muß daran gehen, die Kassen zu sanieren.

In der Außenpolitik zeige sich der Wandel zwischen Regierung Brüning und Papen offensichtlich. Alle wichtigen Fragen der Außenpolitik seien von Brüning vorgearbeitet gewesen. Jetzt haben wir eigentlich niemand mehr, der offen für Deutschland eintritt. Und dazu komme die preußische militärische Art, wie man Außenpolitik mache. Der „Herrenklub“ sei eine gewisse Gesellschaftsschicht, die die Zeit für gekommen erachte, ihren gesellschaftlichen und politischen Einfluß wieder zu gewinnen. Sie sucht das Ziel zu erreichen mit der Parole: Autoritäre Staatsführung, gegen Parlament und gegen Parteien. Es sei in der Verfassung nun einmal festgelegt, daß die Macht verteilt ist zwischen dem Reichspräsidenten auf der einen und dem Parlament auf der anderen Seite. Solange aber die Verfassung da ist, müsse sie eingehalten werden. Man suche den Staat so umzugestalten, daß die Schicht, die die Macht verloren habe, sie wieder in die Hände bekomme, und das gehe gegen die großen Volksmassen. Das Problem Reich und Preußen müsse einmal gelöst werden. In der Frage der Verfassungsreform brauche wir zu der Regierung Papen oder einer anderen Regierung in keinen großen Gegensatz zu kommen, wenn nur die Verfassungsreform auf normalem Weg erfolgt, und wenn man keine verbotenen Wege geht, die mit der Verfassung im Widerspruch stehen. (Stürmischer Beifall)

Sozialdemokratischer Landesparteitag

Stuttgart, 10. Okt. Die Sozialdemokratische Partei Württembergs hielt am Sonntag in Stuttgart ihren Landesparteitag ab. Reichstagsabgeordneter Dr. Schumacher erstattete ein Referat über die politische Lage. Die deutsche Gegenrevolution verjage jetzt, den 9. November 1918 mit Gewalt aus der Welt zu schaffen. Dieser Versuch ist nur möglich geworden, weil die Revolution vom 9. November 1918 eine unvollendete gewesen sei. Ein Gleichgewicht der rechten und linken Kräfte beherrschte jahrelang die deutsche Politik. Die Großbourgeoisie habe erkannt, daß ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Machtstellung verspielt sei, wenn sich die Demokratie befestigen würde. Die Demokratie habe Deutschland gereitet. Die Gegenrevolution sei in ihrer wahren Gestalt am 20. Juli 1932 bei dem Schlag gegen die preußische Regierung Braun-Severing hervorgetreten.

Die Gleichgewichtslage der Klassen sei von den andern mit Gewalt umgekippt worden, was zu der größten Ungeheuerlichkeit geführt habe, die es im Staatsleben gebe, zur Ungleichheit vor dem Gesetz. Damit sei eine Lage geschaffen, die mit politisch-taktischen Mitteln nicht wieder geändert werden könne. Die Sozialdemokratie dürfe aber nicht in die besondere Art der Vorkriegsopposition zurückfallen, weil der Sozialismus gegenwartsnäher und notwendiger sei. Gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung der Barone könne es nur rücksichtslosen Kampf geben. In der Abrüstungsfrage möchte man eine nationale Einheitsfront, während man zu gleicher Zeit die Volksmassen politisch entrechte und sozial beraube. Die deutsche Sicherheit werde erst gefährdet, wenn wir aufrücken.

Der vom Landespartei-Vorstand vorbereiteten Kandidatenliste stimmte der Parteitag einstimmig zu. An der Spitze stehen die bisherigen Reichstagsabgeordneten Rossmann und Dr. Schumacher, sowie die Landtagsabgeordneten Ulrich-Heilbrunn und Weimer-Stuttaart. Aba wird verdrängt auf eine Reichstagskandidatur und beschränkt auf die Ausübung seines Landtagsmandats.

Stuttgart, 10. Oktober.

Vom Landtag. Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß hat beschlossen, über die Eingabe des Zahnarztes Dr. Tritschler in Ludwigsburg, der die Aufhebung der Zahnkassen der Krankenkassen, unbeschränkte Zulassung der Zahnärzte und Aufhebung der Standesammer der Ärzte fordert, zur Tagesordnung überzugeben. Ein nationalsozialistischer Antrag betr. Nachholen der Sozialwahlen bei den Krankenkassen, um dem „marxistischen Reservatrecht“ ein Ende zu machen, wird mit Stimmengleichheit, 7 Ja, (NS., C.D., Komm.) und 7 Nein (Str. und Soz.) bei 2 Enthaltungen (BB.) und 1 Stimmentweigerung (BB.) abgelehnt.

Gegen Zwangsaustreibungen hunderter Familien. Eine kommunistische Große Anfrage wendet sich dagegen, daß in Dillingen am 14. September aus einer Werkswohnung der Ziegeleiwerke Dillingen auf Veranlassung des Direktors vom Gerichtsvollzieher bei gleichzeitigem Aufgebot der Landjäger des ganzen Bezirks eine Familie mit 7 Kindern im Alter von 1—11 Jahren auf die Straße geworfen wurde, und daß in Mündingen, O.L. Leonberg, am 16. September d. J. eine Familie mit 4 kleinen Kindern vom Gerichtsvollzieher ebenfalls auf die Straße geworfen wurde. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es bereit ist, 1. den Familien den entstandenen Schaden zu ersetzen; 2. gegen die für die Zwangsaustreibungen verantwortlichen Beamten das Disziplinarverfahren einzuleiten mit dem Zweck der Amtsenthebung.

Zwangsentzignung zum Ausbau des Neckars. Nach einer Verordnung des Reichspräsidenten zur Enteignung für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung wird die Zulässigkeit der Zwangsentzignung zum Ausbau des Neckars vom Wasserpumpwerk des ehemaligen Wasserwerksverbands

Juffenhäuser-Münster unterhalb Münsters bis zur Kläranlage der Stadtgemeinde Stuttgart, Am. 185,5 bis 181,8 festgestellt. Die Reichswasserstraßenverwaltung ist ermächtigt, die für die Ausführung des Bauvorhabens erforderlichen Grundstücke und Rechte an Grundstücken im Weg der Zwangsentzignung zu erwerben. Der Plan sieht u. a. vor den Flußbau einschließlich Flußverbreiterung und Uferdämmen, sowie Verwertung der überbauten Grundflächen als Staubecken, ein neues bewegliches Wehr mit Strahlenbrücke samt Rampen bei Neckar Km. 182,689, ein neues Kraftwerk neben dem Wehr mit Zu- und Ablauf, die Höherlegung und Verlegung der seitherigen Nachbarschaftsstraße Münster-Mühlhausen, eine neue Straßenbrücke über den Neckar unterhalb Münsters, eine neue Straße von Münster über Hofen nach Mühlhausen von der Fahrstraße in Münster bis zum Ort Mühlhausen und die Herstellung eines Hochwasserdammes am rechten Ufer unterhalb des Wehres zum Schutz des Stadtteils Hofen. Von den Arbeiten werden die Markungen Münster und Hofen, Stadtgemeindebezirk Stuttgart, und Mühlhausen, Amtsbezirkbezirk Stuttgart, befristet. Als Enteignungsbehörde wird die Neckarbaudirektion Stuttgart bestellt.

Steuergutschein und Winterschule. Es ist die Auffassung vertreten worden, daß ein Landwirt den Besuch einer Winterschule durch seinen Sohn teilweise dadurch finanzieren könne, daß er an Stelle seines Sohnes einen entlohnten Arbeitnehmer einstelle. Diese Auffassung gründet sich darauf, daß bei der Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern ein Steuergutschein gewährt werde, welcher im Bietesjahr den Betrag von höchstens 100 Mark und je nach Lohnhöhe höchstens 50 Prozent des durchschnittlichen Lohns nicht übersteigt. Nach § 22 der Durchführungsbestimmungen vom 28. September zählen aber als mehrbeschäftigte Arbeitnehmer nicht: 1. Arbeitnehmer, die nicht den Tariflohn erhalten, oder 2. wenn ein solcher nicht besteht, Arbeitnehmer, die nicht mindestens den Ortslohn erhalten. Die oben gekennzeichnete Auffassung trifft also für Württemberg nicht zu.

Betriebswissenschaftliche Tagung. Vom 8. bis 10. Oktober fand in Stuttgart eine „Betriebswissenschaftliche Tagung“ statt, die dem Erfahrungsaustausch zwischen kaufmännischen Leitern und Technikern aus dem ganzen Reich dient.

Abgelehnte Berufung. Der 5. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig hat am 7. Oktober die Beschwerde der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ wegen Verbotens kostenpflichtig verworfen.

Zwei Falschmünzerverfälschungen ausgehoben. Nachmittags wurden der 32 J. alte Schriftsteller Kurt Rossmann aus Stuttgart und die 47 J. alte geschiedene Musik- und Sprachlehrerin Ida Ruk, wohnhaft in Stuttgart, bei der Verbreitung von falschen 50-Pfennigstücken festgenommen. Die beiden waren bei der Festnahme im Besitz von über 600 falschen 50-Pfennigstücken. Die Falschmünzerverfälschungen wurden in der Wohnung des Rossmann ausgehoben, wobei noch halbfertige und fertige 50-Pfennigstücke in großer Anzahl beschlagnahmt werden konnten. Die Täter sind geständig. Sie hatten bei ihrer Festnahme erst mit der Verbreitung der Falschstücke begonnen. — Ein zweiter Falschmünzer in der Person des 20 J. alten, zur Zeit arbeitslosen ledigen Fläschners Franz Blesing aus Aulendorf, zur Zeit in Stuttgart wohnhaft, wurde in Feuerbach bei der Verbreitung falscher Pfennigstücke festgenommen.

Festgenommener Einbrecher. Der in letzter Woche mehrfach aufgegriffene Einbrecher in Tankstellen konnte am Sonntag in der Person eines 20 J. alten Fürstjünglings hier festgenommen werden. Der Täter ist geständig, in den letzten acht Tagen insgesamt 12 Einbrüche in Tankstellen, Verkaufshäusern und Cafés verübt zu haben. Der von ihm verursachte Schaden beträgt etwa 100 Mark.

Umzug der Ortskrankenkasse Stuttgart. Die Ortskrankenkasse Stuttgart zieht am Donnerstag, 13. Oktober, Freitag, 14. und Samstag, 15. Oktober, in ihr neuerstelltes Verwaltungsgebäude, Militärstr. 20, um.

Aus dem Lande

Eßlingen, 10. Okt. Gasvergiftung. Am Samstag nachmittag wurde der verheiratete Vertreter Emil Fröhlich in einer Autogarage tot aufgefunden. Die Ursache des Unglücksfalles ist darin zu suchen, daß Fröhlich bei geschlossener Garage an einem Kraftwagen bei laufendem Motor gearbeitet und durch die ausströmenden Gase betäubt wurde.

Tübingen, 10. Okt. Geburtstagsfeier. Die frühere Königin, Herzogin Charlotte von Württemberg, vollendet heute in der Stille des Bebenhauser Schlosses ihr 68. Lebensjahr.

Geislingen a. St., 10. Okt. Mineralwasser im Stadtpark. In Verfolgung der Geislinger Mineralwasserforschung hat der bekannte Wasserforscher Studienrat Knödler-Heilbronn festgestellt, daß im Stadtpark ein starkes Mineralwasserorkommen vorliegt, das erschließenswert sein dürfte.

Gaildorf, 10. Okt. Schieberei. In letzter Zeit wurde verschiedene Male von der Straße in Wohnungen geschossen. Das Oberamt hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung ausgesetzt.

Waldbach O.L. Dehrigen, 10. Okt. Bürgermeisterwahl. Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl wurde Herr Praktikant Adolf Pflugfelder aus Mäglingen O.L. Ludwigsburg mit 186 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat Gerhard Frey aus Stuttgart erhielt 109 Stimmen. Abgestimmt haben von 352 Wahlberechtigten 296.

Ohningen, O.L. Böblingen, 10. Okt. Blutige Feuerwehprobe. Nach einer Hauptprobe der Feuerwehr entspannen sich, wie der „Böblinger Bote“ berichtet, nach dem Freibier Streitigkeiten, bei denen es verschiedene blutige Köpfe gab.

Willmandingen, O.L. Reutlingen, 10. Okt. Verblutungsgefahr. Ein hiesiger Arbeiter ließ sich bei einem auswärtigen Zahnarzt zwei Zähne ziehen, besorgte aber dessen Rat, sich sofort zu Bett zu legen, zunächst auch dann noch nicht, als er nach der Arbeit von dem ziemlich weiten Weg nach Hause zurückkehrte. Den ganzen Nachmittag hatte die Wunde geblutet. Er legte sich abends zu Bett und schlief ein. Am andern Morgen wurde er fast verblutet in dem über und über mit Blut bedeckten Bett gefunden.

Freudenstadt, 10. Okt. Feuer auf dem Kniebis. Am Samstag nachmittag ist das Gasthaus zum Schwarzwald mit Bäcker von Wilhelm Schmeißle auf dem badischen Kniebis abgebrannt. Ein fünfjähriges Kind suchte auf der dunklen Bühne zwei fehlende Rädchen und zündete dazu ein Streichholz an, wodurch das aufgeseicherte Heu Feuer fing.

Innenhausen O.L. Tübingen, 10. Okt. Tot aufgefunden. Heute früh wurde der 23 J. a. ledige Zimmermann Grünwald in einem Schuppen tot aufgefunden. Ueber die Todesursache ist noch nichts Näheres bekannt geworden.

Göppingen, 10. Okt. Die 600 Jahre alte Kapelle in Grünbach wiederhergestellt. Die zwischen Donzdorf und Remlingen im Lautertal gelegene Peterskapelle in Grünbach ist nach gründlicher Ueberholung wiederhergestellt worden.

Ulm, 10. Okt. Auf Schallplatten. Der Trommelwirbel, der zu den Ulmer Fischertänzen geschlagen und in seiner Eigenartigkeit nur noch von zwei früheren Tambouren geschlagen werden kann, soll der Nachwelt erhalten bleiben. Dieser Trommelwirbel ist so etwas Eigenartiges, daß der Laie, Rundfunk diese vier Trommelstücke (Wassermarsch, Südmarsch, Bauer- und Bäuerin-Tanz und Ramentanz) auf eine Schallplatte aufgenommen hat. Die beiden alten Tambouren, die den Wirbel bisher geschlagen haben, sind schon beinahe 80 und einer über 80 Jahre alt.

Leutkirch, 10. Okt. Tödliches Motorradunglück. Gabriel Worent, Birsohn von Rißee, wollte am Samstag vormittag in Wangen die Zulassungsbefreiung für sein soeben hier erworbenes Motorrad holen. Dabei kam ansetzend in der Kurve bei den Hundshöfen die Maschine ins Schleudern. Der Fahrer verlor die Herrschaft über sein Fahrzeug und stürzte so unglücklich, daß er auf der Stelle tot war.

Ulm, 10. Okt. 3000 Stück Edelweiss. Von der hiesigen Schuhmannschaft wurde der Meßhaarebille Georg Witz aus Kothau angehalten. Anlässlich einer Kontrolle fand man bei ihm nicht weniger als rund 3000 Stück Bergedelweiss, mit deren Verkauf er bereits beannon hatte. Es handelt sich um einen gewerbsmäßigen Edelweissräuber. Er wurde ins Gefängnis eingeliefert.

Lokales.

Wildbad, 11. Oktober 1932.

Kind und Kunst. Was gibst du deinem Kind fürs Leben mit? Diese Frage stellte ich unlängst an einen Familienvater. Er antwortete mir: nun alles was man braucht um heutzutage vorwärts zu kommen. Ich lasse meine Kinder Nützlich lernen. Wissen ist Reichtum und für Herz und Gemüt gebe ich ihnen die Musik mit. Gut, sagte ich, aber wer hat für die schönen Künste heutzutage noch Geld übrig, da gibt es Nütziges zu beschaffen. Nein entgegnete er, du irrst, um wenig Geld kann dein Kind musizieren lernen. Mein kleiner spielt Violine und zwar nimmt er an Gruppenunterrichtsstunden teil. Jede Woche hat er eine Stunde zusammen mit noch zwei Schülern, was ihm viel Freude macht. Ja ich finde, abgesehen davon, daß die Stunden bedeutend billiger sind als Einzelunterricht, sie auch förderlicher, weil ein Junge den andern überflügeln möchte und ein ständiges Wettstreben die Fortschritte beschleunigt. Frühzeitig gewöhnt er sich an gemeinsames Musizieren und wenn er erst erwachsen ist, dann ist er überall gern gesehen mit seiner Musik. Und ganz abgesehen von den praktischen Vorteilen, den erzieherischen Faktor darfst du nicht vergessen. Musik verlangt Ausdauer, der Verstand wird geschärft, die Selbstkritik erwacht, du lernst Konzentration und bekommst Geistesgegenwart, du mußt dich in strenger Disziplin dem Rhythmus unterordnen. Kurzum du wirst nicht allein als Musiker, sondern auch als Mensch veredelt und über die Alltagsorgen erhoben, wenn du dich an der Schönheit eines unsterblichen Musikwertes vergessen kannst. Ich kann dir nur eines raten, ob du dein Kind Klavier oder Violine, Cello oder Flöte lernen lassen willst, gleichviel, gib ihm Musik mit ins Leben, es wird es dir später danken.

Reichssteuerüberweisungen an die Gemeinden für des Rechnungsjahr 1932. Die Staatshauptkasse hat heute den Gemeinden als Abschlagszahlung auf ihre Reichssteuerüberweisungen für das Rechnungsjahr 1932 überwiesen: 0,4 v. H. der Gesamtrechnungsanteile (Schlüsselanteile), im XI. Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer, 0,40 v. H. auf den Kopf des vollschulpflichtigen Schülers (Stand vom 1. Mai 1932), 0,32 v. H. auf den Kopf der Wohnbevölkerung und ein Zwölftel des nach Art. 14 der Verordnungen des Staatsministeriums auf die Hälfte gekürzten Jahresbetrags der Ueberweisung nach Art. 14 a der Landessteuerordnung.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Lodesfall. Der Romandichter Karl Ritter v. Goebel, Vorsitzender der Akademie der Wissenschaften, ist in München im Alter von 77 Jahren gestorben.

Der Internationale Journalistkongress findet vom 11. bis 17. Oktober in London statt. Deutsche Vertreter sind Paul Bäcker, Dr. Ernst Feder und Ministerialdirigent Dr. Hähnel.

Zeitungsverbot. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die nationalsozialistischen Düsseldorf-Gaulblätter „Volksparole“, „Wuppertaler Zeitung“ und „Bergischer Beobachter“ vom 10. bis 14. Oktober verboten.

Das Wrack der „Niobe“ unbrauchbar. Die Untersuchung des Wracks der „Niobe“ hat ergeben, daß eine Wiederverwendung des Schiffs ausgeschlossen ist. Es muß daher ein neues Segelschiff gebaut werden.

Segelflieger abgestürzt. Bei einem Segelflug über den Flugplatz Vohausen bei Düsseldorf stürzte am Sonntag der Jungflieger Oswald aus etwa 80 Meter Höhe ab. Die Maschine kam auf den Kopf zu stehen. Oswald erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Flugzeugabsturz. Auf dem Flug von Danzig nach Polen ist ein polnisches Sportflugzeug bei Bromberg abgestürzt. Der Führer und seine Begleiterin waren sofort tot.

Zuchthausstrafen auf Grund des § 218. Das Schwurgericht Trier hat den 41-jährigen Arbeiter Schmitt wegen gewerbsmäßiger Vergehen gegen das keimende Leben zu 6 Jahren Zuchthaus und eine wegen solcher Vergehen vorbestrafte Frau zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nachspiel zum Skaret-Scandal. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmundt von der Staatsanwaltschaft 1 Berlin, gegen den wegen seiner Beziehungen zu den Skarets Ende 1929 unter gleichzeitiger Enthebung vom Amt ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden war, ist jetzt vom preußischen Dienststrafhof freigesprochen worden.

Devisenschleugungen. Die Berliner Zollfahndungsstelle hat wieder vier Personen wegen Verschlebung von etwa 100 000 Mark in Wertpapieren ins Ausland verhaftet.

